

REFORMEN



Von Kristina Dunz

Ein Hauch von Aufbruch

Es ist nicht der große Wurf, zu dem die Koalitionsspitzen mit ihrer Einkommenssteuer- und Arbeitsmarktreform sowie dem Wachstums- und Bürokratieabbauprogramm ausgeht haben. Aber es ist das umfangreichste Maßnahmenpaket dieser Regierung und eine der größten Modernisierungsoffensiven einer Koalition in jüngster Vergangenheit. Und es ist in seinen Grundzügen gut.

Anders als bei ihrem dilettantischen Koalitionsausschuss im April haben Union und SPD schon vorher über die zahlreichen Vereinbarungen geräuschlos verhandelt und sie dann einmütig präsentiert. Sie haben es wider Erwarten geschafft, doch noch vor der Sommerpause einen schweren Brocken aus dem Weg zu räumen. Gut gemacht. Nicht alle werden und können zufrieden sein. So darf angesichts der Belastung der Hausärzte und der zusätzlichen Bürokratie bezweifelt werden, dass die Krankschreibung vom ersten Tag an sinnvoll ist. Ebenso ist fraglich, ob die Steuerentlastungen ausreichen. Ferner gibt es keine Entscheidung über die von Union und Wirtschaft erhoffte Flexibilisierung der täglichen Höchstarbeitszeit. Offenkundig hält die SPD dem Druck der Gewerkschaften mit deren Kampagne für den Acht-Stunden-Tag nicht stand.

Wenn sich aber das ganze Land bewegen muss, dann auch Gewerkschaften, Unternehmen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer. Es geht darum, durch Einschnitte an zahlreichen Stellen die Systeme zukunftsfest zu machen, wovon alle profitieren. Es fällt auf, wie Kanzler Friedrich Merz die Kraft der politischen und gesellschaftlichen Mitte beschwört. Er bittet die Bürgerinnen und Bürger darum, den Umbruch zu unterstützen. Letztlich ist es eine Bitte, die Demokratie zu stärken und nicht die extremen Kräfte. Die Reformen sind ein Hauch von Aufbruch. Es müssen aber tatsächlich alle etwas daraus machen.

PIUSBRÜDER



Von Dominik Straub

Papst setzt ein Zeichen der Stärke

Dass es ausgerechnet Papst Leo XIV. sein würde, der gegen eine abtrünnige Gemeinschaft die kirchliche Höchststrafe verhängen muss, kann durchaus als paradox bezeichnet werden: Der Amerikaner war nach Franziskus' turbulentem und innerkirchlich polarisierendem Pontifikat mit dem ausdrücklichen Auftrag zum Papst gewählt worden, die internen Spannungen zu überwinden.

Genau dies hat er seit seinem Amtsantritt auch getan: Er hat zugehört, vermittelt, die Hand ausgestreckt. Auch gegenüber den traditionalistischen Piusbrüdern, die so sehr an der alten, auf Lateinisch gelesenen Messe hängen, die von Franziskus faktisch verboten worden war. Im vergangenen Oktober durfte der ultrakonservative US-Kardinal Raymond Leo Burke mit dem Segen von Leos XIV. in Rom eine Messe alten Ritus feiern – und das nicht irgendwo, sondern im Petersdom.

Die Piusbrüder haben diese Geste der Versöhnung ignoriert. Sie bestehen letztlich darauf sämtliche Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils rückgängig zu machen. Mit der – erneuten – nicht genehmigten Weihe von vier Bischöfen haben sie dem dialogbereiten Papst den Fehdehandschuh hingeworfen – Leo XIV. konnte gar nicht anders, als den Ungehorsam zu sanktionieren. Seine Position wird dadurch aber nicht geschwächt, wie die Piusbrüder hoffen, sondern gestärkt.

Das zeigt nicht zuletzt die Reaktion anderer konservativer Kirchenmänner, wie etwa jene des deutschen Kardinals Gerhard Ludwig Müller. „Die Piusbrüder verhalten sich wie vor 500 Jahren Martin Luther: Sie wollen den Papst nur anerkennen, wenn er ihre Ideen bezüglich Tradition anerkennt. Das ist lächerlich“, sagte Müller gegenüber dem „Corriere della Sera“. Recht hat er: Sollen die Piusbrüder nach ihrer Façon selig werden – aber bitteschön außerhalb der Amtskirche.

GEBURTENRATE

Jungen Paaren fehlt das Vertrauen in die Politik

Eine Analyse von Josephine Andreoli

Deutschland steht vor einer demografischen Katastrophe: Seit dem Jahr 2022 ist die Geburtenrate im freien Fall und hat mit 1,32 Kindern pro Frau inzwischen den tiefsten Wert seit knapp drei Jahrzehnten erreicht. Zu wenig, um die Bevölkerung stabil zu halten. Die Verantwortung dafür liegt allerdings nicht bei den Paaren, sondern ist ein vorhersehbares Ergebnis jahrelanger politischer Versäumnisse.

Mal ehrlich: Bei den Zukunftsaussichten, die junge Menschen heutzutage haben, ist es wenig verwunderlich, dass sie doppelt und dreifach darüber nachdenken, ob sie ein Baby bekommen wollen. Oder, noch drastischer formuliert: Ob sie es vor sich selbst rechtfertigen können, Kinder in eine Welt zu setzen, die von Jahr zu Jahr von schlimmeren Krisen und Kriegen heimgesucht wird, während die Politik mit halbherzigen Maßnahmen reagiert, die allenfalls die Symptome, nicht aber die Ursachen bekämpfen.

Zukunftsängste als stilles Veto: Während tödliche Hitzewellen und andere Naturkatastrophen durch die Erderhitzung zunehmen, fährt die Regierung einen Zickzackkurs aus Verzögerungen, Kompromissen und einer ständigen Neubewertung der Klimaziele. Das ist



Wer mehr Kinder will, muss aufhören, sie lediglich als zukünftige Steuer- und Rentenbeitragszahler zu betrachten.



nicht nur ein Vertrauensbruch. Es befeuert auch berechtigte Ängste vor einer neuen Realität, die wir uns so kaum vorstellen können. Doch die Klimakrise ist nur ein Teil des Problems. Auch der Stillstand bei der Gleichstellung trägt nicht gerade dazu bei, junge Familien – und vor allem die Frauen – dazu zu ermuntern, Kinder zu bekommen: Der Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern beträgt in Deutschland immer noch 16 Prozent. Das ist einer der höchsten Werte in ganz Europa.

Finanzielle Abhängigkeit: Dieses Gefälle beim Gehalt führt noch immer dazu, dass Frauen nach der Geburt ihres Kinds oft in alte Rollenbilder gepresst werden und zu Hause bleiben, um (unbezahlte!) Sorgearbeit zu leisten. Während ganze 66 Prozent der Mütter in Teilzeit arbeiten, tun es ihnen gerade einmal 7 Prozent der Väter gleich. Die Folge: erhebliche finanzielle Einbußen sowie eine zunehmende Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern. Und nur um das noch einmal zu betonen: Geschlechtergleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist kein nettes Entgegenkommen uns Frauen gegenüber. Es würde auch einen erheblichen Zuwachs an Arbeitsplätzen sowie einen Anstieg des EU-weiten Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von bis zu 10 Prozent bis zum Jahr 2050 ermöglichen. Doch während sich die Politiker darüber echauffieren,

dass unser Wohlstand und die Sozialsysteme durch diese Schieflage immer weiter in die Bredouille geraten, tun sie gleichzeitig das genaue Gegenteil von dem, was junge Paare eigentlich bräuchten, um sich für eine Familie zu entscheiden: Eine Politik, die sie und ihre Zukunft mitdenkt. Konkret bedeutet das auch, dass es genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und bezahlbare Wohnungen für junge Familien geben muss. Und dass nicht noch weiter am Elterngeld gespart werden darf.

Es braucht mehr Weitsicht: Wer mehr Kinder will, muss aufhören, sie lediglich als zukünftige Rentenbeitrags- und Steuerzahler zu betrachten. Paare entscheiden sich nicht für eine Familie, weil Regierungen an die Verantwortung einer Generation appellieren. Paare entscheiden sich dann für Kinder, wenn sie Vertrauen in eine gute Zukunft haben. Genau dieses Vertrauen ist zur eigentlichen politischen Währung geworden. Es wächst mit einer verlässlichen Familienpolitik, echter Gleichstellung und einer funktionierenden Klimaschutzpolitik. Wer die Geburtenrate erhöhen will, muss nicht zuerst über Geburten sprechen, sondern vor allem über eine Politik, die jungen Menschen das Gefühl gibt, dass ihre Kinder auch morgen noch in einer sicheren und lebenswerten Welt aufwachsen können.

KARIKATUR



ZEICHNUNG: KOSTAS KOUFOGIORGOS/TOONPOOL

GLEICHSTELLUNG

Frauen ziehen Konsequenzen

Wenn eine qualifizierte Frau heute beruflich nicht weiterkommt, wird noch immer schnell nach den Gründen bei ihr selbst gesucht. Fehlt ihr das nötige Selbstvertrauen? Ist sie nicht sichtbar genug? Verhandelt sie zu selten über Gehalt und Positionen?

Meine Erfahrung spricht dagegen. Seit vielen Jahren arbeite ich in Führungsposition in einem internationalen Unternehmen. Gleichzeitig begleite ich als Business-Coach Frauen in beruflichen Entscheidungs- und Veränderungssituationen. Dabei beobachte ich immer wieder: Ob Karrieren gelingen, hängt oft weniger von Leistung oder Ehrgeiz ab, als von dem System, in dem jemand arbeitet. Eine aktuelle McKinsey-Studie zeigt, dass der Fortschritt bei der Gleichstellung von Frauen in Unternehmen ins Stocken geraten ist. Das überrascht mich nicht. In meiner Arbeit erlebe ich täglich, wie stark

STANDPUNKT

Susanne Kovar arbeitet als Business-Coach für Frauen in Entscheidungs- und Veränderungssituationen



Unternehmen darüber entscheiden, ob Frauen Karriere machen oder ihre Ambitionen irgendwann aufgeben.

Die entscheidende Frage ist häufig nicht, wie ambitioniert eine Frau ist, sondern ob ihr Umfeld ihr echte Entwicklungsmöglichkeiten bietet. In großen Unternehmen existieren dafür oft Programme, Netzwerke oder Personalstrategien. In kleineren Unternehmen hängt Förderung hingegen häufig von einzelnen Personen ab. Noch immer sind es nicht selten Führungskräfte, die Potenzial erkennen, Verantwortung übertragen und Türen öffnen – oder eben nicht.

Frauen erkennen diese Unterschiede heute sehr genau. Sie sehen, wer Zugang zu wichtigen Projekten erhält, wer sichtbar gemacht wird und wer Unterstützung auf dem Weg nach oben bekommt. Sie beobachten, ob Leistung zählt oder ob informelle Netzwerke wichtiger sind. Deshalb wird ein Phä-

nomen oft falsch interpretiert: Viele Frauen ziehen sich nicht zurück, weil sie an sich zweifeln. Sie ziehen Konsequenzen. Sie investieren ihre Energie nicht mehr endlos in Systeme, die ihnen keine realistische Perspektive bieten. Für Unternehmen ist das ein unterschätzter Verlust. Verloren geht nicht mangelndes Potenzial, sondern hoch qualifiziertes Potenzial. Frauen verlassen nicht nur Arbeitgeber. Sie verabschieden sich oft von Karriereambitionen innerhalb genau jener Organisationen, die sie eigentlich halten und entwickeln wollten.

Wer mehr Frauen in Führungspositionen sehen möchte, sollte deshalb weniger darüber sprechen, was Frauen anders machen müssen. Die wichtigere Frage lautet: Welche Bedingungen schaffen Unternehmen, damit Leistung tatsächlich zu Chancen führt? Viele Frauen warten nicht mehr auf die Antwort. Sie ziehen Konsequenzen.

ZAHL DES TAGES

25

Prozent mehr Fahrzeuge hat der Elektroautohersteller Tesla im zweiten Quartal dieses Jahres ausgeliefert. Wie Tesla am Donnerstag in Austin mitteilte, stieg die Zahl auf 480.126 Wagen. Das Plus kommt sehr überraschend, Analysten hatten im Schnitt mit knapp 400.000 Fahrzeugen gerechnet. Teslas Produktion lag im zweiten Quartal den Angaben zufolge bei 451.758 Autos und damit ebenfalls höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.